Kürzer arbeiten, besser leben

Sabine Gruber Attac-Winterschule, 15.1.2011, München

Kürzer arbeiten - geht das?

Ich gehe von der These aus, dass in der Arbeitszeitverkürzung ein Schlüssel steckt für einen Gesellschaftsumbau hin zu einem Leben mit mehr Zeit für sich, Beziehungen und politisches Engagement. Politisch haben wir aber Gegenwind mit dieser Forderung. Die Bestrebungen die europäische Arbeitszeitpolitik zu vereinheitlichen würden für Österreich und Deutschland eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit bedeuten. Wir müssen uns also der Frage stellen, ob eine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit theoretisch möglich und sinnvoll ist und sie öffentlich beantworten.

Der gängigste Mythos, an den wir uns wie Ertrinkende an einen Rettungsring klammern ist der, der Vollbeschäftigung. Damit kann man immer (noch) Wählerstimmen fangen, auch wenn das leere Versprechen jeder Grundlage entbehrt. Beinahe Vollbeschäftigung ist eine historische Ausnahme, die wir während der Wiederaufbauzeit erleben durften. Charakteristisch für die Zeit ist keynesianisch inspirierte Wohlfahrtspolitik. Wohl wissend, dass es immer eine Arbeitsplatzlücke geben würde, weil für die benötigten Güter und Dienstleistungen nicht alle "erwerbsfähigen" Menschen 40-Wochenstunden arbeiten müssen, schlug Keynes eine antizyklische Fiskalpolitik vor; es wurde in die verstaatlichte Industrie und öffentliche Dienstleistungen investiert; darüber hinaus sorgte ein gut ausgebautes Wohlfahrtssystem dafür, dass die Menschen als gute Arbeiter und Konsumenten funktionieren. Die Nebenwirklungen konnten einige Zeit verdrängt werden - Umweltschutz oder Frauengleichstellung waren nicht das Ziel.

Es ist ja verständlich, dass man von einem Krieg geschüttelt und traumatisiert nur all zu gerne an die heile Welt glauben möchte, nur hängen uns die damals konstruierten Bilder von der Normalarbeit als 40-Wochen-Stunden-Job, dem männlichen Familienernährer und der weiblichen Zuverdienerin heute nach und lassen sich nur schwer demontieren.

Viele Rahmenbedingungen haben sich inzwischen geändert, aber die (Ideal-)Bilder ziehen nur langsam nach. Frauen müssen dazuverdienen, weil ein Lohn längst nicht mehr reicht für eine Familie. Bildung garantiert nicht mehr für einen Arbeitsplatz. Alte Berufe werden entwertet, soziale Absicherungen werden brüchig. Unsere klassischen Arbeitsvorstellungen werden erschüttert. Anlass genug den Tatsachen auf den Grund zu gehen und die Arbeitswelt neu zu bauen.

Oft unhinterfragt wird angenommen, dass die Wirtschaft wachsen müsse. Ein Trickle-Down-Effekt würde dann dafür sorgen, dass alle Arbeit hätten und am Wohlstand teilhaben könnten. Dabei wird übersehen, dass wir in vielen Bereichen mehr produzieren als wir benötigen; abgesehen davon Verteilt sich der Wohlstand nicht gleichmäßig und gerecht. Der Vorstellung, dass wir aufgrund von Technologisierung weniger arbeiten müssen, wurde praktisch nie Rechnung getragen, weil gewachsen werden muss, um weiter produzieren zu können. Wir haben keine differenzierten Indikatoren, um zu belegen, dass wir mit weniger Einsatz genug produzieren könnten. Der Indikator, der weltweit erhoben wird, ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Nur von zyklischen Krisen gebremst wächst das BIP kontinuierlich. Fakt ist, dass der Reichtum gemessen am BIP weltweit nie höher war als heute. Fakt ist auch, dass mehr Menschen denn je im Elend leben trotz des Reichtums. Betrachtet man die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen, stellt man fest, dass sie sich in der Nachkriegszeit verringert haben; erst seit den 1970er Jahren steigen sie wieder.

Wirtschaftswachstum hat offensichtlich nicht zwangsläufig mit einer Garantie auf Arbeit oder Teilhabe am Wohlstand zu tun. Vielmehr geht es um Verteilungspolitik und die gesellschaftliche Vorstellung, wem welcher Anteil zustünde. Die Lohnquote ist ein anschaulicher Indikator dafür, dass der erwirtschaftete Wohlstand in den letzten 20 Jahren zu den Unternehmen bzw. den Aktionären umverteilt wurde und nicht zu den ArbeiterInnen. Ihre Löhne wurden nicht mehr an die steigenden Gewinne angepasst, ja sogar gedrückt.

Wir können also als Argumente für eine Arbeitszeitverkürzung festhalten, dass wir uns auch mit geringerer Arbeitszeit versorgen und angemessen verdiene könnten. Außerdem schadet uns die Überproduktion; beinahe unmerklich haben wir die ökologischen Grenzen des Wachstums überschritten.

Aktuelle Politik und Forderungen

Wenn heute Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich gefordert wird, geht ein Raunen durch die Menge. Das menschliche Gedächtnis scheint kurz, schließlich sind das die ureigensten Forderungen der Gewerkschaften und sie sind wieder sehr aktuell. Die 30-Stunden-Woche zu fordern erscheint heute als mutiger Vorstoß. Um gesellschaftlich wirklich etwas zu verändern, andere Tätigkeitsfelder aufzuwerten, Erwerbsarbeit auf mehr Schultern zu verteilen, wären 20-Wochenstunden oder "Teilzeitarbeit für alle" ein effektvoller Vorstoß. Im politischen Mainstream angekommen sind auch Forderungen nach Ökosteuern (z.B. Fugverkehrssteuer). Generell brauchen wir den politischen Willen in die Wirtschaft einzugreifen und die Entwicklung von Branchen und Konsum zu steuern. Setzen wir auf den Ausbau des öffentlichen Verkehrs oder auf das Auto? Eine rhetorische Frage; nur praktisch lauft die Politik immer noch in die Richtung - öffentlichen Verkehr zu privatisieren und kaputt zu sparen und Autobranche zu retten.

Früher oder später werden uns die ökologischen Folgen zwingen uns anderes zu Organisieren (z.B. Peak Oil). Je früher wir damit beginnen, desto besser. Dabei wird es um mehr gehen, als darum Jobs durch green Jobs zu ersetzen, sondern sich ernsthaft zu überlegen, wie ein gutes Leben bei endlichen Naturressourcen zu meistern ist.

Eine Tatsache ist, dass wir uns mit weniger Erwerbsarbeit versorgen können. Worauf es ankommt ist der Blick auf die Tatsache. Sieht man es als Defizit, das man wohlfahrtsstaatlich ausgleicht (Keynesianismus: Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung) oder leugnet man das Phänomen Arbeitslosigkeit schlicht ab, weil sich Angebot und Nachfrage auf feien Märkten automatisch einpendeln würden (Neoliberalismus: strukturelle Arbeitslosigkeit). Ersteres hatten wir in der Nachkriegszeit. Zweiteres erleben wir jetzt und ist besonders zynisch: Nutze deine Chance, denn du hast keine!

Demgegenüber könnten wir ja auch sagen: Gut, dass wir gar nicht so viel schuften müssen, lasst uns mit der restlichen Zeit etwas Sinnvolles tun! Lasst uns aussteigen aus der Wachstumsspirale, lasst uns Lösungen für die Umweltfragen finden, lasst uns müßiggehen, schöpferisch sein, feiern, für einander da sein,...

Visionen für gutes Leben

Auch in Zukunft müssen wir arbeiten, um uns zu versorgen, aber nicht in dem Maß und in der Weise wie es uns die Normalarbeitsvorstellung suggeriert. Es geht um die Verrichtung gesellschaftlich notwendiger Arbeiten, das sichtbar machen der unbezahlten Versorgungsarbeit, das Zeit schaffen für ungetane Arbeit (z.B. Pflege der Natur) und Nicht-Arbeit. Wir könnten diskontinuierlich arbeiten bei kontinuierlichem Einkommen.

Alle Relationen beginnen sich zu verschieben, wenn wir uns als Multiaktivgesellschaft

verstehen. Frigga Haug hat es als Vier-in-einem-Perspektive formuliert. Sie stellt Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit, Kulturelle Entwicklung, Politik von unten gleichwertig nebeneinander. Diese idealtypische Betrachtung wertet (bisher unbezahlte) Reproduktionsarbeit auf, räumt Zeit für Selbstentwicklung ein und ist der Schlüssel zur Re-Politisierung.

4in1 will die eingefahrenen Debatten - Reproduktionsarbeit bezahlen, mehr Kinderbetreuungsplätze schaffen, ein bedingungslosen Grundeinkommen einführen... aufbrechen. Tatsächlich ist es so, dass die Bezahlung von Versorgungsarbeit für Frauen ein Fortschritt wäre - so lange unsere Gesellschaft als Erwerbsgesellschaft funktioniert. Eine Befreiung vom Systemzwang würde allerdings voraussetzen, dass wir Erwerbsmodell und die kapitalistische Produktionsweise überwinden. Das wird weder durch die Reduktion der Erwerbsarbeit alleine noch durch die Einführung eines Grundeinkommen gelingen. Allerdings verschaffen uns beide Reformenzugänge disponible Zeit, in der wir weitere Schritte einleiten können.

Natürlich gibt es handfeste finanzielle Interessen, warum Arbeitszeitverkürzung oder Besteuerung nicht einfach zugelassen, sondern erkämpft werden müssen. Wir beobachten aber auch, dass uns das Vorstellungsvermögen verloren gegangen ist, Versorgung und Leben anders zu denken. Hanna Arendt beschreibt uns als Gesellschaft von Jobholders. Im Laufe der gesellschaftlichen Entwicklung haben wir das Arbeiten perfektioniert. Vor diesem Hintergrund sind uns herstellen von Werten mit Bestand und politisches handeln als öffentliche Räume verloren gegangen. Alles ist auf Industriearbeit ausgerichtet, kaum etwas anderes denkbar.

Wie können wir das aufbrechen? Wie könnte der Alltag in einer Multiaktivgesellschaft aussehen?

Im Rahmen unserer Utopiewerkstatt, die wir für das Buch "Arbeiten wie noch nie!?" abgehalten haben ist ein besonders starkes Bild aufgetaucht: Das Dumpstern. (Containern) Angesiedelt in einer alternativen studentischen Szene organisiert man sich gemeinsam, holt die genießbaren Lebensmittel aus den Müllcontainern von Supermärkten, putzt, verteilt es bzw. veranstaltet eine Volxküche, manchmal auch mit Kino.

Von dem Beispiel können wir viel lernen. Hier wird Arbeit im ursprünglichen Sinne der Selbstversorgung praktiziert, sie ist gemeinschaftlich organisiert und in einen Lebensstil eingebettet. Dumpsterer stellen Eigentum in Frage und nehmen sich, was für alle da sein sollte. Gleichzeitig leben sie das Prinzip von Rücksichtnahme, Solidarität, Gegenseitigkeit.

Auch wenn ich das Dumpstern nicht als eine allgemein gültige Lösung einführen will, steckt ein Gefühl für gemeinsames Tun in dem subkulturellen Beispiel. Davon haben wir folgende Kriterien für eine fairere Arbeitswelt abgeleitet: Wir brauchen mehr Begegnungsräume und gemeinsame Besitz- und Entscheidungsformen, um neue Tätigkeitsformen entwickeln zu können. Darüber hinaus haben wir weitere Rahmenbedingungen identifiziert: Rotationsmöglichkeiten, Regeln (z.B. Konten) für Lebensarbeitszeit und eine kontinuierliche Existenzsicherung aus Lohn und öffentlichen Transferleistungen.

Auf diese Weise erscheint kürzer arbeiten und besser leben durchaus nicht mehr utopisch, sondern möglich!

Literatur:

Sabine Gruber, Frigga Haug, Stephan Krull (Hg.) 2010: Arbeiten wie noch nie!? Unterwegs zur kollektiven Handlungsfähigkeit.

Stephan Krull, Mossen Massarrat, Margareta Steinrücke (Hg.) 2009: Schritte aus der Krise. Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn, Grundeinkommen: Drei Projekte, die zusammengehören.

Zur Person:

Mag.^a Sabine Gruber, M.C.D.

Jg. 1973; Sozialwissenschaftlerin und Gemeinwesenentwicklerin, seit 2002 tätig im Bereich Stadtforschung und -entwicklung mit den Schwerpunkten Integration, Partizipation, alternative Ökonomien und Nachhaltigkeit; 2005-2009 Leiterin der Lokalen Agenda 21 im 9. Wiener Gemeindebezirk; seit 2009 Koordinatorin der ökumenischen Initiative "fairshare" – Ökologischer Lebensstil & Globale Gerechtigkeit; Moderationen, Beratung und Bildungsangebote; seit 2009 Vorstandsmitglied bei Attac Österreich.

Kontakt:

mail@sabine-gruber.at